

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Polnisch-Konto 600-844
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikanska 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielitz-Biala u. Umgebung

Eine neue Achse

Bemerkenswerter Artikel des Pariser „Debre“ zur polnischen Außenpolitik

Die jetzt eingetroffene Ausgabe des Pariser „L'Œuvre“ enthält einen Aufsatz der bekannten Publizistin Genevieve Tabouis unter dem Titel „Eine neue Achse“, dem wir folgende bemerkenswerte Stelle entnehmen:

„... Inzwischen sind die Nachrichten aus Polen interessant. Es wird von einer „dritten Achse“ gesprochen, an deren Schaffung Außenminister Beck mit Erfolg arbeitet. Die „dritte Achse“, deren geistiger Schöpfer Außenminister Beck sein soll, soll Polen, Schweden, Finnland, die baltischen Staaten, Rumänien und Jugoslawien in gleicher Weise umfassen wie die Achse Rom und Berlin. Minister Beck sei aus Estland zurückgekehrt und wird sich nach Lettland begeben. Es sei an die Aussichten zu denken, die sich für Minister Beck eröffnen, dank seinem Prestige nach Beilegung des Konflikts mit Litauen.“

Wohnung ist Gegenstand des ersten Bedarfs

Die Zentrale der Verbände der Mieter und Untermieter hat beschlossen, sich an die Abgeordneten und Senatoren mit der Anregung zu wenden, daß Wohnungen als Gegenstände des ersten Bedarfs betrachtet werden sollen und darum den Schutz des Staates erheischen. Sie sollen in das Gesetzesprojekt der Regierung über Sicherung des Angebots der Gegenstände des allgemeinen Bedarfs inbegriffen werden.

Belarden in Wilna

Am gestrigen Morgen wurden auf die Redaktion der Zeitung „Slowo“ und auf die Privatwohnung des Redakteurs Mackiewicz in Wilna Anschläge verübt. Durch das Fenster des Chefredakteurs des „Slowo“ an der Kruliewskastrasse wurde eine Petarde geworfen. Die Explosion war von bedeutender Stärke. Mehrere Fen-

ster Scheiben wurden zertrümmert und die Einrichtung des Kabinetts zerstört. Während der gleichen Zeit wurde aus einem vorbeifahrenden Kraftwagen vor der Wohnung des Chefredakteurs der genannten Zeitung Mackiewicz an der Bygmuntowskastrasse 6 eine Petarde geschleudert. Durch die Explosion wurden auch hier viele Fensterscheiben zertrümmert. Zwei Personen, die an diesem Attentat beteiligt sein sollen, wurden von einem vorbeigehenden Polizisten verhaftet. Die Behörden haben eine Untersuchung eingeleitet.

Nochmals Dobożynski-Prozess

Das Oberste Gericht hat gestern das Urteil im Kassationsprozess gegen Ingenieur Dobożynski bekanntgegeben. Bekanntlich hat das Bezirksgericht in Lemberg Dobożynski zu 2 Jahren Haft verurteilt. Gegen das Urteil hat der Staatsanwalt die Kassationsklage beim Obersten Gericht anhängig gemacht.

Das Oberste Gericht hat nun teilweise das Urteil des Bezirksgerichts abgelehnt, indem es Prozedurmängel feststellte. Der Prozess ist dem Lemberger Bezirksgericht zur nochmaligen Verhandlung überwiesen worden. Das Bezirksgericht wird nur noch die Frage über den Vorwurf der Beteiligung an einer bewaffneten Meuterei, die den Polizeiposten in Myslenice überfallen hat, zu erörtern haben. In allen anderen Fragen ist das Urteil des Geschworenengerichts rechtskräftig geworden.

Deutscher Fliegerattache in Polen

Im Zusammenhang mit dem Besuch des Chefs für das polnische Flugwesen Mayski in Berlin und des Gegenbesuchs deutscher Flieger in Polen ist der deutschen Gesandtschaft Oberst von Gerstenberg als Fliegerattache zugeteilt worden. Bisher hat es eine solche Stellung bei der deutschen Gesandtschaft in Warschau nicht gegeben.

An Stelle des abberufenen Attaches der deutschen Gesandtschaft Zimler ist als Attache von Rostiz-Belawitz in Warschau eingetroffen.

Hantau soll zerstört werden

Eine Grenelnachricht aus japanischer Quelle

Tokio, 17. Juni. Die Tageszeitung „Nishi Nishi“ berichtet aus Hongkong, daß Marschall Tschangtaischek die Absicht hege, Hantau unter Wasser zu setzen. Es soll durch Sprengung des Deiches in einer Länge von 16 Kilometern in der Nähe der Vorstadt Hantaus Tschanglungsi erreicht werden. Die Bevölkerung der Stadt, die gegenwärtig auf 700 000 Köpfe gezählt wird, soll evakuiert werden.

Die japanischen Quellen nehmen es mit ihren Angaben nicht sehr genau. Auch über die Uebersetzungskategorie im Kriegsgebiet sind die japanischen Berichte sehr ungenau und anscheinend darauf berechnet, die Weltöffentlichkeit für den japanischen „Appell an die Humanität“ empfänglicher zu machen.

Sechs japanische Bomber abgeschossen

Kanton, 17. Juni. Sechs japanische Bombenflugzeuge wurden gestern früh bei Lohschonfen durch chinesische Jagdflugzeuge abgeschossen. Lohschonfen liegt an der Grenze der Provinzen Kwantung und Honan. Die japanischen Flugzeuge sollen die Eisenbahnstrecke Kanton-Hantau angegriffen haben. Sie waren hierbei nicht von Jagdflugzeugen begleitet, wodurch den chinesischen Flugzeugen die Arbeit wesentlich erleichtert wurde. Die Nachricht über diese Niederlage der japanischen Luftwaffe

hat unter der Kantoner Bevölkerung große Freude ausgelöst.

Umbildung der chinesischen Regierung

Tokio, 17. Juni. Als Antwort auf die Umbildung der japanischen Regierung, die als Stärkung der Kriegspartei zu betrachten ist, hat sich Tschangtaischek entschlossen, eine Umbildung der chinesischen Regierung vorzunehmen und aus ihr alle nichtentschlossenen Personen zu entfernen. Die Verteilung der Ministerportefeuilles soll folgende sein: Kuntianschi — Vorsitzender der Verwaltungskammer, Sunfjewe — Finanzen, der bekannte revolutionäre Diplomat, Dr. Tschengjusch — Auslandspolitik, Tschentatschun — Ministerium für Flugwesen, Tuntschun — Handel und Industrie, Lotzialun — Volksbildung. Die wirkliche Herrschaft bleibt selbstverständlich weiter in den Händen Tschangtaischeks und seines Stabes.

Russischer Protest in Tokio

Tokio, 17. Juni. Die Sowjetunion ließ durch ihren Geschäftsträger in Tokio Vorstellungen bei der japanischen Regierung wegen der Bombardierung chinesischer Städte erheben. Die Vorstellungen des sowjetrussischen Geschäftsträgers wurden in schärfster Form zurückgewiesen und erklärt, daß Tokio der Sowjetregierung das Recht zu dem erwähnten Schritt beschreite.

„Vermittlung zwecklos“

Tokio, 17. Juni. Außenminister Ugaki erklärte vor der Presse, daß Japan seinen Kampf in China bis zum Ende führen werde. Die Vermittlung dritter Mächte sei zwecklos.

Rücktransport der 43. Division

Paris, 17. Juni. Es verlautet, daß Frankreich die 12 000 republikanischen Spanier der 43. Division noch am Freitag nach Katalonien schicken werde. Es seien bereits Kraftwagen und Eisenbahnzüge zum Abtransport nach Barcelona bereitgestellt.

Englische Bischöfe fordern Waffen für Spanien

Aus London wird berichtet: 115 der bekanntesten Persönlichkeiten aller Parteien und Religionsbekenntnisse fordern in einem Brief an den Premierminister, daß der legalen spanischen Regierung der Ankauf von Flugabwehrbatterien in England nicht länger verwehrt bleibe. Denn Flakbatterien seien die einzige Waffe ohne irgendwelchen Offensivcharakter und das beste Mittel zum Schutz der Bevölkerung gegen verbrecherische Flugangriffe. Unterzeichnet haben u. a. die Herzogin von Atholl, der Erzbischof von York, der Bischof von Dover und zahlreiche namhafte Gelehrte und Parlamentarier.

Sitzung des Nichteinmischungsausschusses

London, 17. Juni. Der Unterausschuß des Nicht-einmischungsausschusses wurde für Dienstag vormittag einberufen. Die Beratungen sollen angeblich die Zahl der Beobachter in den spanischen Häfen und ihre Verpflichtungen betreffen.

Die Sitzungen der Prager Regierung

Prag, 17. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Das Komitee der politischen Minister hat über die Nationalitätenprobleme weiter beraten und die Diskussion über einige Probleme abgeschlossen. Die Sachverständigen haben einige der ihnen vorgelegten Punkte weiter geprüft.

Weiter heißt es amtlich, daß die bisherigen Verhandlungen der Presse nicht auf wirkliche Sachkenntnis beruhen, da die Verhandlungen vertraulich geführt werden.

Daraus geht hervor, daß der für heute erwartete Abschluß der Beratungen eine weitere Verzögerung erfahren hat. Am Montag wird eine Vollsitzung des Ministerrats stattfinden.

Ein englischer „Beobachter“ für das Sudeten-Gebiet

Prag, 17. Juni. Der britische Konsul in Innsbruck, Henderson, wurde der britischen Gesandtschaft in Prag zugeteilt. Hendersons besondere Aufgabe wird es sein, die Vorgänge im Sudeten-deutschen Gebiet zu beobachten.

Ein sudetendeutscher Abgeordneter überfallen?

Berlin, 17. Juni. Der Abgeordnete der Sudetendeutschen Partei Wollner wurde heute von einem Polizisten „überfallen“, der ihm das Parteiabzeichen herunterreißen wollte. Abgeordneter Wollner befand sich in Gesellschaft einiger Kollegen, die sich legitimierten und so die Verhaftung Wollners verhinderten. Wegen dieses Zwischenfalls wurde bei der Prager Polizeidirektion Protest erhoben.

Diese Meldung des Deutschen Nachrichte-Büros wird wohl noch einer Klärung bedürfen, da die Meldungen dieses Büros durchaus tendenziös sind.

Beamtdemonstration in Paris

Paris, 17. Juni. Heute nachmittag demonstrierten etwa 400 Bankbeamte auf dem Opernplatz. Die herbeieilende Polizei hat die Demonstranten zerstreut.

Die Opposition in Bulgarien

Protesterklärung der Opposition im Parlament — 59 Abgeordnete verlassen die Sitzung

Sofia, 17. Juni. Im bulgarischen Parlament begann gestern die Diskussion über die Antwort auf die Thronrede. Nach Verlesung des Entwurfs einer Antwort an die Regierung ergriff der Abgeordnete Stanlow das Wort. Er verlas eine Erklärung, in der der Regierung vorgeworfen wird, daß sie, ohne vorher ihr politisch-wirtschaftliches Programm bekanntzugeben, die Abgeordneten nach eigenem Gutdünken in regierungsfreundliche und oppositionelle eingeteilt hätte. Zudem sich die Regierung auf diese Weise eine Mehrheit geschaffen hat, zing sie daran, den oppositionellen Abgeordneten die Mandate zu nehmen, ohne vorher eine Enquete im Parlament durchzuführen. Die Erklärung schließt mit der Bemerkung ab, daß die Opposition in Anbetracht einer solchen Lage der Dinge an der Diskussion über die Antwort auf die Thronrede, als Zeichen ihres Protestes, nicht teilnehmen wird.

Daraufhin haben 59 Abgeordnete der Opposition den Sitzungssaal verlassen. Es verblieben von der Opposition im Saale lediglich die aus drei Abgeordneten bestehende Gruppe Jankow und der frühere Minister Nadjko Nadjarow. Jankow hielt dann eine anderthalbstündige Rede, in der er die Politik der Regierung kritisierte. Zur Außenpolitik warnte er die Regierung, sich für die eine oder andere Ideengruppe der Großstaaten zu engagieren.

Cordeanu muß ins Gefängnis

Bukarest, 17. Juni. Das höchste Kollegium des Militärgerichts hat die Berufungsfrage des Führers der „Eisernen Garde“, Cordeanu, der zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, abgewiesen. Das Urteil wurde somit rechtskräftig. Die politischen Kreise erblickten in dem Urteil den Willensausdruck der Regierung, gegen die Rechtsabteilung entschieden vorzugehen.

Bukarest, 17. Juni. Das Militärgericht in Constantza verurteilte Ion Codreanu, einen Bruder des Führers der aufgelösten „Eisernen Garde“, wegen Tragens verbotener politischer Abzeichen zu 7 Monaten Gefängnis.

Nationalsozialistische Forderungen an Litauen

Wie aus Kowno gemeldet wird, berichtet die „Lituvos Aidas“, daß die Memeler Nationalsozialisten der litauischen Regierung ein Memorandum überreichten, in welchem die Zurückziehung der litauischen Truppen und Polizei aus dem Memeler Gebiet gefordert wird. Das Blatt glaubt, daß diese Forderung bezweckt, im Memelgebiet den litauischen Einfluß auszuschalten, und nennt sie unannehmbar.

Amnestie für Waldemar-Abhängiger

Riga, 17. Juni. Staatspräsident Smetona hat ein Amnestiegesetz unterzeichnet, durch welches drei höhere Offiziere, die im Waldemar-Putsch von 1934 verwickelt waren, der militärische Rang, den sie früher bekleideten, wieder zuerkannt wird. Außerdem wurden 20 Personen begnadigt, die wegen politischer Vergehen verurteilt waren.

Französisch-türkische Verwaltung in Antiochia

Jerusalem, 17. Juni. Die Besprechungen des französischen Militärkommandanten mit der türkischen Militärkommission haben zu folgenden Ergebnissen geführt: Der Hohe Kommissar des autonomen Gebietes wird ein Franzose sein, der Gouverneur der autonomen Regierung jedoch ein Türke. Sonntag oder Montag werden französische und türkische Truppen zu gleicher Zeit und in gleicher Stärke das Gebiet besetzen. Die gemeinsamen Streitkräfte unterstehen einem französischen Kommandanten. Bis zur Ankunft der türkischen Truppen wird eine türkische Militärmission in Antiochia bleiben. Die Araber sind von allen wichtigen Posten ausgeschlossen.

USA kriegsbereit

New York, 17. Juni. Der stellvertretende Kriegsminister Johnson erklärte in einem Interview, daß die amerikanischen Arsenale demnächst aufgefördert werden, genug Anstrichgegenstände herzustellen, um im Falle eines Krieges eine Armee für sechs Monate auszurüsten zu können. Es sei festgestellt worden, daß die Arsenale, selbst wenn sie mit den modernsten Einrichtungen und mit eingearbeiteten Kräften ausgerüstet seien, nur zehn Prozent der Materialien liefern könnten, die das Land im Notfall benötigen würde. Die übrigen 90 Prozent müßten von der Privatindustrie gestellt werden. Johnson

sagte, es bestehe stets Kriegsgefahr für eine unvorbereitete Nation.

40—44 Stunden Arbeitszeit in USA

Nach dem Repräsentantenhaus hat auch der Senat mit großer Mehrheit die Vorlage über die Zahl der Arbeitsstunden genehmigt. Die Vorlage wurde nunmehr an den Präsidenten Roosevelt zur Unterfertigung geleitet.

Durch das Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit und der Löhne in Industrie und Handel wurde die politische Kontroverse beendet, welche die Debatte über dieses Gesetz im Kongress begleitete. Dieses Gesetz bedeutet einen Sieg Roosevelts und der Anhänger der New-Deal-Politik. Nach diesem Gesetz darf die Arbeitszeit im ersten Beschäftigungsjahr 44 Stunden, im zweiten Jahr 42 und im dritten 40 Stunden nicht überschreiten.

Starke Anstieg der britischen Heeresstärke

London, 17. Juni. Der englische Kriegsminister Hore Belisha hielt in Leigh on Sea eine Rede, in der er sich mit Befriedigung über die Ausrüstung neuer Rekruten äußerte. Das Landheer zählt gegenwärtig 180 000 Offiziere und Mannschaftenspersonen, gegen 137 000 im Juni des Jahres 1936. Die Fliegerabwehr-Einheiten zählen gegenwärtig 40 000 Mann gegen 6000 Mann vor zwei Jahren.

Wehrsteuer in der Schweiz

Bern, 17. Juni. Der Schweizer Nationalrat nahm am Freitag mit 115 gegen 47 Stimmen die Einführung einer Wehrsteuer an. Sie dient zur Tilgung der für die militärische Landesverteidigung aufgewandten bedeutenden Wehrcrédite. Die Steuer kann vom Vermögen oder vom Einkommen oder von beiden erhoben werden. Auch Kriegsgewinne sind zu besteuern. In die Verfassung wird ein entsprechender Zusatzartikel aufgenommen.

Rassenpropaganda in Argentinien verboten

Buenos Aires, 17. Juni. Die Regierung der Argentinischen Republik hat die Tätigkeit der Schulen der in Argentinien ansässigen Ausländer in der Weise geregelt, daß diese Schulen künftig der Staatskontrolle unterliegen. Jegliche politische und Rassenpropaganda, welche den Schülern Doktrinen einimpfen möchte, die mit der argentinischen Verfassung in Widerspruch stehen, ist verboten.

Lodzger Tageschronik

Heute Versammlung der PPS

Heute, Sonnabend, um 5.30 Uhr nachmittags veranstaltete die Polnische Sozialistische Partei auf dem Hofe des Verbandshauses an der Wysokastraße 45 unter freiem Himmel eine öffentliche Versammlung zur Besprechung folgender Fragen: 1. die politische Lage, 2. die Wahlordnung für die Selbstverwaltungen, 3. der Bürgerkrieg in Spanien, 4. das Vorgehen Deutschlands in der Tschechoslowakei. Sprechend waren: Szewczyk, Stawinski, Walczak und Wachowicz und außerdem Balcerzak von der Bauernpartei. (p)

Abbruch eines Abkommens

mit den Meistern der Widzower Manufaktur.

Im Arbeitsinspektorat fand gestern die Konferenz zwischen Vertretern der Widzower Manufaktur und des Meisterverbandes in Sachen des Abbruchs eines Lohnabkommens für die Meister der genannten Firma statt. Das Abkommen wurde abgeschlossen. Es steht grundsätzliche Löhne für die Meister vor. Außerdem wird ihnen der Gehaltsunterschied für die Zeit vom 1. Mai nachgezahlt werden.

Der Konflikt in der Firma „Dentalia“.

In Sachen des Streiks in der Fabrik von zahnärztlichen Erzeugnissen „Dentalia“, Domborczylow 3, fand gestern im Arbeitsinspektorat eine Konferenz statt. Die Arbeitervertreter fordern 20 Prozent Lohnhöhung. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Arbeiter kündigen eine Verschärfung der Aktion an.

Der Hungerstreik der Frauen beendet

Wie berichtet, waren 35 Frauen in Radomsko, die bei Saisonarbeiten keine Beschäftigung finden konnten, in einen Hungerstreik getreten. Jetzt haben die Frauen die Mitteilung erhalten, daß ein Teil von ihnen sofort beschäftigt werden soll, während die übrigen nach Möglichkeit Beschäftigung erhalten sollen. Die Frauen haben daraufhin den Streik abgebrochen. (p)

Organisierung der Nation im Kriege

Paris, 17. Juni. Kammer und Senat sind am Freitag nachmittag in die Ferien gegangen. Vor Schluß der Sitzung billigte die Kammer in zweiter Lesung das Gesetz über die Organisierung der Nation in Kriegszustand in der vom Senat verabschiedeten Fassung, so daß dieses Gesetz nunmehr endgültig angenommen ist.

Hitler nach Wien?

London, 17. Juni. Reichskanzler Hitler soll heute einer Reuter-Meldung zufolge, nach Wien fahren, um Differenzen innerhalb der österreichischen Nationalsozialisten zu ordnen. In einem 1200 Unterschriften tragenden Brief wurde er ersucht, die Schlichtung persönlich zu übernehmen. Den österreichischen Zeitungen wurde nach der gleichen Reuter-Depesche verboten, über diesen Besuch zu berichten.

Die Gleichmachung der Pastoren

Berlin, 17. Juni. Am Mittwoch haben die Berliner Pastoren den Eid auf den Führer abgelegt. Es waren insgesamt 600 Pastoren die Aufforderung hierzu ergangen, von denen sich 158 nicht einfanden. Vor der Eidesleistung machte der anwesende Jurist die Pastoren darauf aufmerksam, daß sie sich durch den Eid nicht nur dem Führer, sondern auch der nationalsozialistischen Ideologie und den von dieser Bewegung erlassenen Gesetzen verpflichten. An diejenigen Pastoren, die sich nicht eingefunden hatten, wird eine neuerliche Aufforderung ergehen. Wenn sie wieder nicht erscheinen werden, werden sie suspendiert werden.

Wieder zwei Hinrichtungen in Berlin

Berlin, 17. Juni. Die am 16. November 1937 vom Volksgerichtshof wegen Landesverrats zum Tode verurteilten Georg und Anna Schweizer sind Mittwoch früh hingerichtet worden. Die Verurteilten waren jenseits der deutschen Grenze mit dem Nachrichtendienst einer ausländischen Macht in Berührung gekommen und haben über zwei Jahre lang im Dienst der ausländischen Spionage gestanden.

Raubüberfall in „Bethel“

In der Hauptkassenverwaltung der Frankenanstalt „Bethel“ bei Bielefeld wurde Donnerstagabend ein Raubüberfall verübt. Kurz vor 20 Uhr erschien bei dem Kassierer ein Mann, der sich als Beamter ausgab und unter Vorweisung falscher Papiere Einlaß in den Kassenraum forderte. Der Kassierer kam diesem Verlangen nach. Hier verfechtete der Eindringling, ein gewisser Johannesmann aus Bielefeld, dem Kassierer mit einem Eisenstab wuchtige Schläge über den Kopf, so daß dieser zusammenbrach. Dann verpackte der Täter über 10 000 Reichsmark in Scheinen in seine Aktentasche. Inzwischen erschien ein Polizeibeamter, der den Räuber verhaftete. Der Kassierer ist lebensgefährlich verletzt.

Fabrikant Jersal wieder vor Gericht

Der Belower Industrielle Josef Jersal, dessen Name in Arbeiterkreisen einen üblen Klang hat, hatte sich gestern vor dem Arbeitsgericht zu verantworten, da 21 Arbeiter eine Klage gegen ihn eingebracht hatten und etwa 20 000 Zloty als Nachzahlung der gekürzten Löhne verlangten. Als das Gericht den Beteiligten einen Vergleich vorschlug, war der Vertreter der Firma dazu bereit, obgleich er betont hatte, daß die Arbeiter nichts zu verlangen hätten. Er bot auch jedem Arbeiter 100 Zloty, womit die Arbeiter jedoch nicht einverstanden waren. Die Berechnung der fälligen Rückstände war jedoch recht unständig, da keine Abrechnungsbücher geführt und die Lohnbücher vom Finanzamt beanstandet und eingezogen worden waren. Die Verhandlung mußte vertagt werden, um Zeugen vorzuladen, damit man die Höhe der Arbeitslöhne feststelle und evtl. einen Sachverständigen vorlade. (p)

Kampf mit dem illegalen Gifthandel.

Die zahlreichen Selbstmordversuche durch Genuß von Gift als auch die verbrecherischen Attentate mit verschiedenen Säuren und ätzenden Flüssigkeiten haben die Behörden veranlaßt, ihre Aufmerksamkeit dem Handel mit diesen Mitteln zuzuwenden. Sie weisen darauf hin, daß diese Mittel nur für Heilzwecke in Apotheken verkauft werden dürfen. Drogenhandlungen dürfen diese Dinge nicht verkaufen, ebenso auch keine Arzneien zubereiten.

Straßenschilder müssen sauber sein.

Es wurde die Beobachtung gemacht, daß die an den Ecken angeschlagenen Schilder mit den Straßennamen vielfach schmutzig oder beschmiert sind. Die Starosteibehörde fordert daher alle Besitzer von Häusern, an welchen die Straßenschilder angebracht sind, auf, diese sauber zu lassen.

Butterdieb.

Als gestern früh der Landmann Stefan Karolal aus Szolow, Kreis Petrikau, in der Aggowastraße nach Lody zum Markt fuhr, stahl ihm ein Dieb einen Korb mit Butter vom Wagen. Der Dieb wurde bemerkt und konnte festgenommen werden. Er erwieß sich als Henry Wroblewski, ohne festen Wohnsitz.

